

Freitag, 29. Juli.

Annähernd 4000 zahlende Abonnenten.

Nr. 173. Fünfter Jahrgang.

Auer Tageblatt

und Anzeiger für das Erzgebirge

Verantwortlicher Redakteur:
Fritz Arnold.
Für die Inserate verantwortlich:
Walter Praas.
Werbe in Aue i. Erzgeb.

mit der wöchentlichen Unterhaltungsbeilage: Illustriertes Sonntagsblatt.

Durch und Verlag:
Auer Druck- u. Verlags-Gesellschaft
m. b. H.
in Aue i. Erzgeb.

Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus monatlich 10 Pf. Bei der Geschäftsstelle abgeholt monatlich 10 Pf. und wöchentlich 10 Pf. — Bei der Post bestellt und selbst abgeholt vierzehntäglich 1.50 Mf. — Durch den Briefträger frei ins Haus vierzehntäglich 1.92 Mf. — Einzelne Nummer 10 Pf. — Deutscher Postzeitungskatalog. — Erscheint täglich in den Mittagsstunden, mit Ausnahme von Sonn- und Feiertagen.

Annahme von Anzeigen bis spätestens 9½ Uhr vormittags. Für Aufnahme von gelegenen Anzeigen an bestimmte Stellen kann nur dann gebürgt werden, wenn sie am Tage vorher bei uns eingehen. Insertionspreis: Die sebengepfaltete Korpusseite oder deren Raum 10 Pf., Reklamen 25 Pf. Bei höheren Aufträgen entsprechender Rabatt.

Diese Nummer umfasst 6 Seiten.

Das Wichtigste vom Tage.

Von dem Briefträger Bergmann, der auf dem Postamt 17 in Berlin 50000 Mark unterschlagen hat, fehlt bis jetzt noch jede Spur.

Die neue Heeresvorlage ist vorgestern den Bundesregierungen zugegangen. Die Mehraufwendungen betragen 34 Millionen Mark.

In Wien er diplomatischen Kreisen gehen Gerüchte, daß demnächst eine Zusammenkunft zwischen Kaiser Franz Josef und dem Zaren stattfinden werde.

Schweiz-Pascha hat über Skutari (Albanien) den Ausnahmestand verhängt und mit der Entwaffnung der Bevölkerung begonnen.

Der Vatikan richtete ein schärfes Ultimatum an die spanische Regierung, so daß ein völliger Bruch in den beiderseitigen Beziehungen erwartet wird.

— Nutznißliche Witterung am 30. Juli: Südostwind, heiter, warm, trocken, Gewitterneigung.

Russische Politik.

Seit einiger Zeit tauchen bald von der einen, bald von der andern Seite Nachrichten auf über bevorstehende Zusammensetzung zwischen dem deutschen und russischen Kaiser, sowie von den beiderseitigen Ministern des Auswärtigen. Zuerst hielt es, Kaiser Wilhelm werde anlässlich seiner diesjährigen Nordlandreise mit dem Zaren zusammentreffen, dann wurde berichtet, die Enttreffen werde erst später erfolgen, und jetzt liegt die Radikalität vor, Tschański werde im September mit Herrn von Ritter von Ritter-Wächter zusammenkommen. Es wird dieser inzwischen von anderer Seite bereits wider dementierten Wiedergabe noch hinzugefügt, daß man gleichzeitig in Petersburger Hofkreisen immer bestimmt von einer Begegnung der beiden Kaisers sprache, obgleich der Ort der Zusammenkunft noch nicht genannt werde. Wenn es sich auch bei dieser letzten Mitteilung nicht nur um eine Kombination handelt, dann könnte vielleicht diese Zusammenkunft in Darmstadt erfolgen, wo die beiden Monarchen sich schon wiederholt gesprochen haben. Denn vor einigen Tagen kam aus Frankfurt am Main die Nachricht, der Zar werde zum Besuch seiner hessischen Verwandten im Friedberger Schloß erwarten, eine Meldung, die viel Wahrscheinlichkeit für sich hat, obgleich man in Darmstadt noch nichts davon wissen will.

Eine Begegnung der beiden Monarchen wäre sicherlich von Bedeutung, wenn auch im allgemeinen den Zusammenkünften der Oberhäupter von großen Staaten lange nicht mehr die große Wichtigkeit beigelegt wird, wie in früheren Jahren, als sie noch seltener waren. Durch die hauptsächlich vom verstorbenen König Edward eingeführten Kundenreihen sind derartige Enttreffen in ihrem Wert für die Weltpolitik ganz bedeutend herabgesunken. Auch Kaiser Nikolaus ist im Laufe der Zeit wiederkommt, außer mit unserem Kaiser und König Edward, mit anderen Monarchen und dem Präsidenten der verbündeten französischen Republik zusammengekommen und hat stets die Freiheitspolitik Russlands besonders betont. Deshalb muß es auffallen, daß vor einigen Tagen ein bekanntes Mitglied der russischen Duma, Graf Bobrinskiy, in Belgrad einem Journalisten gegenüber sich recht kriegerisch ausgesprochen hat. Er knüpfte an die Befreiung Kroatiens an, die in ersten Linien sich gegen Deutschland richte, von welcher Seite angeblich Russland Gefahr drohe. In hauptsächlicher Weise trat dieser Herr mit dem Zusammenschluß aller slavischen Völker ein und lobte über das Sohnenlied Herzog Isowolski, der beim Zaren feineswegs in Ungnade gefallen sei, sondern sich allenfalls in Petersburg der größten Sympathie erfreue. Ob Bobrinskiy mit seinen Ansichten vereinzelt besteht, oder ob der von ihm gepredigte Deutschenhass in Russland allgemein verbreitet ist, läßt sich von hier aus nicht beurteilen. Kaiser Nikolaus hat aus seiner Freundschaft für seine Stammesgenossen niemals ein Hehl gemacht, er hat bei jeder Gelegenheit den Fürsten von Montenegro ausgezeichnet, und auch Bulgarien wäre ohne ihn wohl niemals Königreich geworden. Dass er aber ein Feind Deutschlands ist, dürfte kaum zutreffen, denn die Erfahrung hat gelehrt, daß er stets bestrebt war, mit uns in Frieden zu leben. Hartmann Böllow hält an den Traditionen Bismarcks fest, der

immer die Bedeutung guter Beziehungen zwischen Deutschland und Russland in den Vordergrund seiner großzügigen Politik stellte, und Herr von Behmann-Hollweg besitzt auf dem Gebiete der auswärtigen Politik nicht solche Erfahrungen, daß er in dieser Hinsicht eine Aenderung riskieren könnte. Unser Kaiser aber läßt keine Gelegenheit vorübergehen, seine Wertschätzung für den östlichen Nachbar besonders zu betonen. Russland bekleidigt sich den anderen Staaten gegenüber ebenfalls der größten Zurückhaltung, wie die vorübergehende Spannung mit Österreich gezeigt hat und hat durch seinen neuerlichen Vertrag mit Japan bewiesen, daß es weit davon entfernt ist, sich in neuen Bewegungen zu stürzen. Denn hauptsächlichen Neuerungen des Grafen Bobrinskiy muß man daher wohl jede Bedeutung absparen.

Politische Tageschau.

Aue, 29. Juli.

* Veteranen-Beihilfe. Wie verlautet, hat der Reichskanzler im Auftrage des Kaisers eine Befreiungserlaubnis der noch immer währenden finanziellen Vorarbeiten für die den Veteranen zugesetzte Staatshilfe veranlaßt. Es besteht an letzter Stelle der sehr Wille, die Ausbringung der Mittel für die Veteranenhilfe bis spätestens zu der bevorstehenden vierzigjährigen Wiederkehr der Errichtung des deutschen Kaiserreiches durchzuführen.

* Deutschland und das protestierende Nicaragua. Die Protestnote der Republik Nicaragua gegen die nordamerikanische Einmischung wird von dem Berliner Kabinett erst nach Einvernahme mit den übrigen Dreigundstaaten beantragt werden. Diese Verhandlungen schweben noch. Deutschland wird aber aller Vorausicht nach irgendwie offizielle Vorgehen gegen die Vereinigten Staaten nicht mitmachen.

* Die Befreiung des Erzbischöflichen Bösen-Schulzen soll nach der Roma-Reform während der Anwesenheit des Kaisers in Polen erfolgen. Das Polenblatt will aus guter Quelle wissen, die Regierung sei geneigt, die Stelle noch einmal einem Polen, aber nur einem älteren, anzuerufen. Als Ausicht bestehende Kandidaten werden genannt Weißbischöflich Vitowski und Prälat v. Jagdzewski. Allerdings, so meint die Reforma, könnten die Polener Katholiken auch noch Überraschungen bringen. Das glauben wir auch.

* Kommt oder kommt sie nicht? Das anmutige Rätselspiel geht weiter. Gegenüber verschiedenen widersprechenden Meldungen will die Post in der Lage sein, festzustellen, daß tatsächlich an einer neuen preußischen Wahlrechtsvorlage im Ministerium sehr eifrig gearbeitet wird. Es seien bereits bestimmte Entwürfe ausgearbeitet, die zur Zeit der Beratung der maßgebenden Stelle unterliegen. Wenn der Entwurf an den Landtag gebracht werden soll, darüber sei noch keine Entscheidung gefallen.

* Greater Britain. Staatssekretär Birrell gab im Clivity-Club die Erklärung ab, daß die Förderation des britischen Weltreiches auf Grund eines allgemeinen Humoristen-Gesetzes bevorstehe. Auch im Unterhause herrscht die Überzeugung vor, daß das Ergebnis der Verhandlungen der Richterkonferenz jedenfalls die fröhliche, vielleicht sogar die schottische Selbstverwaltung sein wird.

* Schäßburg II? Der seit etwa 20 Jahren in Tondern amtierende Bürgermeister Rathje teilte der Regierung in Schleswig mit, daß er sein Amt als Bürgermeister und Polizeidirektor nicht erneuere. Als Grund dieser plötzlichen Amtsniederlegung wird ein Einspruch des zuständigen Landrates in städtischer Angelegenheit angegeben.

* Ein offener Brief der spanischen Regierung mit dem Botschafter. Dem Berliner Tageblatt wird aus politischen Kreisen Madrids gemeldet, daß die lezte Note des Botschaften den Charakter eines Ultimatums trage, in dem die Zurücknahme aller Dekrete, insbesondere des Dekrets über die Dissidenten, verlangt wird, bevor eine Weiterberatung über die Reform des Konkordats möglich sei. Die spanische Regierung kann und wollte sich auf diese Forderungen nicht einlassen. Man erwartet, falls der König der Politik der Regierung zustimmt, den Abbruch der diplomatischen Beziehungen zum Botschaften. Die unangenehme Haltung des Botschaften werde die Regierung mit der sofortigen Ausarbeitung eines Vereinsgeuges und anderer Maßregeln beantworten, die sich speziell auf den Volksschulunterricht beziehen.

Aus dem Königreich Sachsen.

Einführung der Armenunterstützung auf öffentliche Rechte.

Zur Handhabung des Gesetzes über die Einführung von Armenunterstützung auf öffentliche Rechte vom 21. März 1910

hat das sächsische Ministerium des Innern in einer Verordnung u. a. folgendes ausgeführt: Das Ministerium des Innern sei zwar der in der Gesetzgebungsdeputation der Zweiten Kammer gegebenen Anregung, daß der Krankenunterstützung die Armenunterstützung wegen Altersgebrechlichkeit oder Erwerbsunfähigkeit oder verminderter Erwerbsfähigkeit gleichgestellt, also die Ausübung öffentlicher Rechte auch durch solche Unterstützungsfälle nicht beschränkt werden solle, nicht beigegetreten, es habe aber dafür zugestimmt, daß der Begriff der Krankenunterstützung von allen mit der Handhabung des Gesetzes betrauten Behörden in durchaus entgegengesetzter und weithiniger Weise werde ausgelegt werden. Das Ministerium erwarte daher, daß das Gesetz entsprechend dem sozialpolitischen Geiste, in dem es erlassen worden sei, die zugesagte Auslegung jederzeit in allen seinen Punkten bei den beteiligten Behörden erfahre. Weiter habe das Ministerium des Innern in der genannten Deputation erklärt, daß es Schulkinderspeisungen und Fälle von Fürsorgeerziehung als unter Ziffer 3 des Gesetzes mitfallend ansieht und unter vereinzelten Leistungen zur Hebung einer augenblicklichen Notlage im Sinne von Ziffer 4 des Gesetzes auch solche Unterstützungen verleihe, die in Fällen vorübergehender Arbeitslosigkeit, besonders infolge außerordentlicher Rücksände, gewährt würden. Auch hierauf sollten sich die beteiligten Behörden jederzeit richten. Endlich wird in der Verordnung noch darauf hingewiesen, daß allen, was im Vortheil des Hinblick auf das sächsische Gesetz vom 21. März 1910 ausgesprochen worden ist, ebenso bei der Anwendung der gleichlautenden Verschärfungen des Reichsgesetzes über die Einwirkung von Armenunterstützung auf öffentliche Rechte vom 15. März 1909 zu befolgen sein würde.

* Wieja bei Annaberg, 28. Juli. Zug zu dörflichen Meisterschäfchen. Zwei auf dörflichen Rittergutshöfen beschäftigte Schuhmacher im Alter von 13 Jahren kamen beim Heimwenden in Streit, wobei der eine sein Messer zog und damit den anderen in den Rücken stach, daß dieser blutübertrönt ohnmächtig niedersank und sofort in ärztliche Behandlung gegeben werden mußte. Sein Zustand soll beforganserregend sein.

* Auerbach i. B., 28. Juli. Einmahlung. Der neue Leiter der Königl. Amtshauptmannschaft Auerbach, Amtshauptmann von Rositz-Wallwitz, wird am 1. August im Verhandlungssaal der Amtshauptmannschaft durch Kreishauptmann Dr. Braun eröffnet werden. — Ein Kind verbrannte. In Böhmisch Weißbischöflich starb ein fünfjähriges Kind in den Flammen um. Fünf Familien wurden obdachlos.

* Röderwitz, 28. Juli. Elektrischer Anschlag. An das bissige Elektrofaden am Röderwitzbach, Amtshauptmann von Rositz-Wallwitz, wird am 1. August im Verhandlungssaal der Amtshauptmannschaft durch Kreishauptmann Dr. Braun eröffnet werden. — Ein Kind verbrannte. In Böhmisch Weißbischöflich ist ein Wohnhaus durch Feuer zerstört worden. Hierbei kam ein dreijähriges Kind in den Flammen um. Fünf Familien wurden obdachlos.

* Chemnitz, 28. Juli. Todessfall. In Spiegelau im bayrischen Wald starb infolge eines Schlaganfalls am Vorabend seines Geburtstages der bekannte Großindustrielle Ernst Vogel, der Inhaber der Drahtbürsten- und Holzwarenfabrik Vogel, in Chemnitz. Zu dem wirtschaftlichen Aufschwung der Chemnitzer und sächsischen Industrie hat der Fabrikant, dessen Fabrik heute 500 Arbeiter zählt und zwei Filialen in Spiegelau sowie in Heidelberg i. Erzg., beigetragen.

* Klotzsche, 28. Juli. Die Gartenstadt Hellerau bei Dresden schreitet in ihrer Entwicklung immer mehr voran. Am 1. Juli konnten 58 Kleinhäuser bezogen werden, so daß die Genossenschaft jetzt 84 Häuser mit 96 Wohnungen besitzt. Neue Häusergruppen sind im Bau. Zum 1. Oktober sollen insgesamt 158 Wohnungen fertig sein.

* Pirna, 28. Juli. Tschechische Masseneinwanderung. In der letzten Zeit haben hier zahlreiche tschechische Masseneinwanderungen stattgefunden. In den beiden letzten Wochen sind aus Oberleutendorf in Böhmen und in umliegenden Ortschaften über 30 tschechische Bergarbeiterfamilien nach den sächsischen Kohlendörfern wie auch in das westliche Industriegebiet Sachsen eingewandert.

* Niesa, 28. Juli. Wagenunfall. Gestern nachmittag kam vom Kaiser-Wilhelm-Platz her ein führerloses Gefährt dahergestellt und stieß gegen einen Gaslandelaber. Durch die Wucht des Unfalls wurde das Gefährt zertrümmt, das Tier flüchtete, sprang aber wieder auf und jagte davon. Der Gaslandelaber ist ebenfalls demoliert. Wie es heißt, ist das Werd auf dem Pionierübungsplatz Neuwied durchgegangen, wobei die Insassen aus dem Wagen geschleudert wurden.